

Mitteilungen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozialversicherungswesens**

Band (Jahr): **17 (1919-1920)**

Heft 8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Appenzell A.-Rh. Mit dem Inkrafttreten des interkantonalen Konkordates für wohnörtliche Unterstützung auf 1. April 1920 fällt auch die seinerzeit zwischen 19 Gemeinden des Kantons abgeschlossene, dem Kantonsrat am 27. Februar 1915 vorgelegte interkommunale Vereinbarung betreffend die Notunterstützung von eigenen Bürgern und andern Kantonsbürgern dahin und greifen wieder die einschlägigen Bestimmungen der Kantonsverfassung (Bürgerprinzip) Blag. St.

Bern. Den Forderungen des Kreis Schreibens der bernischen Justizdirektion vom Juni 1917 betreffend die Aufsicht über die Pflegekinder (siehe „Armenpfleger“ 1917 Seite 54), die nicht auf einem gemeindlichen oder dem staatlichen Etat für die auswärtige Armenpflege stehen, ist bereits in vielen Gemeinden, ja sogar in ganzen Amtsbezirken Folge gegeben worden, nachdem diese Angelegenheit in den sog. Amtsversammlungen zur Erörterung gekommen ist. Diese Versammlungen sind vorgesehen und vorgeschrieben in den Paragraphen 66 und 67 des bernischen Armengesetzes, worin darüber folgende Bestimmungen stehen: Die Amtsversammlung besteht in der Regel aus zwei Abgeordneten einer jeden Gemeinde des Amtsbezirks, von denen der eine als Vertreter der Armenpflege der dauernd, der andere als Vertreter der Armenpflege der vorübergehend Unterstützten aus der Zahl der stimmfähigen Bürger durch den Gemeinderat gewählt wird, ferner aus sämtlichen Geistlichen, Armeninspektoren und Vorstehern von Armenanstalten des Staates, der Bezirke und Gemeinden. Die Amtsversammlung tritt unter dem Vorsitz des Regierungstatthalters ordentlichweise alle zwei Jahre zusammen zum Bericht über die Armenpflege in den einzelnen Gemeinden, zur Beratung und Beschließung gemeinsamer Maßregeln innerhalb der Gesetze und Verordnungen, zu Anträgen an obere Behörden betreffend allgemeine, im Interesse des Armenwesens notwendig scheinende Anordnungen, sowie zur Begutachtung von Fragen, welche ihr von obernen Behörden vorgelegt werden.

Die Frage der Aufsicht über die Pflegekinder in der oben angegebenen Beschränkung gehört unstreitig zu den bedeutungsvollsten Traktanden, die seit Jahren vor das Forum der Amtsversammlungen gebracht worden sind. Zur Erleichterung der Lösung der an die Vormundschaftsbehörden ganz neu herantretenden Aufgabe, in Ausführung der Forderungen des Einführungsgesetzes zum schweizerischen Zivilgesetzbuch und zum Teil des Armenpolizeigesetzes hat die bernische Justizdirektion zum genannten Kreis Schreiben vom 27. Juni 1917 auch einen Entwurf zu einem Reglement für die Pflegekinderaufsicht an die zuständigen Behörden beigegeben, das die Ausarbeitung des Pflichtenheftes für die gewählten oder noch zu bestellenden Funktionäre für die Amtsvormundschaft wesentlich erleichtert und wofür Behörden sowohl wie die Amtsvormünder ihr besten Dank wissen.

Ueber den Abschnitt II des Entwurfsreglements, „Die Organe der Pflegekinderaufsicht“, mögen hier einige Auszüge gestattet sein. Die Aufsicht über die Pflegekinder wird dem Amtsvormund übertragen. Diesem der Vormundschaftsbehörde gegenüber verantwortlichen Leiter werden je nach der Größe und den Verhältnissen des Gemeindegewesens bzw. des Vormundschaftskreises Hilfskräfte beigegeben, d. h. es kommen hier ständige Fürsorgerinnen und Bureauangestellte in Betracht. Zur Mitwirkung werden ferner Frauen und Töchter herbeigezogen, die sich zu freiwilliger Fürsorgetätigkeit bereit erklären und sich hierfür eignen.

Ganz neu, wenigstens für bernische Verhältnisse, ist die Forderung, daß solche, die Pflegekinder in dem Sinne aufnehmen wollen, wie sie das Reglement

definiert, gehalten sind; eine amtliche Bewilligung einzuholen. Diejenigen Pfleger, die ein Kind von der Armenbehörde übernehmen, sind von der Einholungspflicht der amtlichen Bewilligung enthoben. Dies gilt auch für diejenigen Pflegekinder, die der Staat zu versorgen hat und somit auf dem Stat der auswärtigen Armenpflege stehen, und deren Versorgung und Ueberwachung Aufgabe der Spendkommissionen der Gemeinden ist. An welche Instanz das Gesuch um Bewilligung zum Halten eines Pflegekindes gerichtet werden soll und wer den Entscheid darüber zu treffen hat, ist im Reglementsentwurf nicht gesagt. Allerdings wird auf den Amtsvormund hingedeutet, aber dieser kann ja die Verhältnisse der Reflektanten unmöglich genauer kennen, besonders auch nicht bezüglich ihrer Qualifikation als Erzieher, und so wird wohl der Gemeinderat, bezw. die Vormundschaftsbehörde als die Instanz zu gelten haben, welche die Anmeldungen entgegenzunehmen und darüber zu entscheiden hat. Mit dieser Entscheidungspflicht wird der Vormundschaftsbehörde eine Last und schwere Pflicht auferlegt, die der Amtsvormund als Einzelperson kaum auf sich nehmen wird. Daß die Abgewiesenen mit Gross und Haß gegen die abweisende Instanz erfüllt werden und die Verweigerung der Bewilligung nur zu gern als eine ihnen ungerechtfertigt und böswillig angetane Schmach auffassen, liegt auf der Hand. Und doch sollte das Interesse der Erziehung eines Pflegekindes und sein damit verbundenes späteres Wohl vor jeder andern Rücksicht den Vorzug erhalten. Aber eine heikle, eigliche Sache ist der negative Entscheid der Behörde auf alle Fälle, geeignet, den einzelnen Mitgliedern viel Feindschaft auf den Hals zu laden. — Mit dem Gesuch sind einzureichen der Geburtschein des Kindes, die Personalangaben über die Eltern und gegebenenfalls auch über den Vormund oder Beistand des Kindes, ferner die Angaben über Namen, Geburtsjahr, Heimat, Beruf und Wohnort der Pflegeeltern. Die Bewilligung zur Haltung von Pflegekindern darf erteilt werden, wenn diejenigen Personen, die sich um Uebernahme von Pflegekindern bewerben, nicht aus öffentlichen Mitteln unterstützt sind, einen guten Leumund besitzen, nicht an Krankheiten leiden, durch welche die Pflegekinder gefährdet werden, ferner eine Wohnung inne haben, die den gesundheitlichen Anforderungen entspricht, in welcher auch kein die Gesundheit schädigendes Gewerbe betrieben wird. Die Pfleger müssen ferner jedem Pflegekind eine eigene Schlafstelle zur Verfügung stellen können und Gewähr bieten für gute Ernährung, Erziehung und Behandlung der ihnen anvertrauten Kinder. Die Gesundheit und Erziehung der Pflegekinder darf ferner nicht durch andere im nämlichen Hause wohnende oder in den gleichen Räumen schlafende Personen gefährdet werden. Sonstig gelegenen Unterkunftsräumen soll vor andern der Vorzug gegeben werden. Für jedes Pflegekind wird die Bewilligung besonders ausgestellt, und diese kann weder auf andere Pflegeeltern noch auf andere Kinder übertragen werden. Sie gilt übrigens auch nur für die darin bezeichneten Wohnräume. Bei allfälligem Wohnungswechsel ist der Pfleger verpflichtet, die Erlaubnis zur Fortsetzung des Pflegeverhältnisses nachzusuchen.

Die Bewilligung zur Uebernahme von Pflegekindern kann vorübergehend oder dauernd entzogen werden, wenn die Pflegeeltern die bestehenden Vorschriften oder die getroffenen Verfügungen nicht befolgen, und wenn das Wohlergehen des Pflegekindes wegen mangelhafter Pflichterfüllung der Pflegeeltern oder aus andern Gründen gefährdet erscheint. Bei grober Pflichtvernachlässigung oder bei wahrnehmbarer Verwahrlosung des Kindes soll sofortige Wegnahme erfolgen.

Ueber die Obliegenheiten der Pflegeeltern gibt der Entwurf des Reglements ebenfalls willkommene Weisungen, indem es bestimmt, daß die Pflegeeltern

alles zu tun haben, was geeignet ist, die körperliche und geistige Entwicklung des Pflegekindes zu fördern, es seinen Anlagen entsprechend zu behandeln, es zur Ordnung und Zucht, sowie zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten und für seine genügende Ernährung und Bekleidung zu sorgen; sie dürfen das Pflegekind weder zum Hausieren noch zum Betteln anleiten oder verwenden. Die Pflegeeltern sind gehalten, die aufgestellten Vorschriften und Verfügungen zu befolgen, die Kinder auf Verlangen den Aufsichtsorganen zuzuführen, denselben Zutritt zu den Wohnräumen zu gestatten, sowie Kleider und Schlafstellen der Kinder vorzuzeigen.

In bezug auf die auszuübende Aufsicht sieht der Entwurf vor, daß jedes Pflegekind halbjährlich mindestens einmal zu besuchen sei und daß bei kleinen oder gefährdeten Kindern vermehrte Besuche stattzufinden haben. Sobald Klagen einlaufen oder besondere Gründe obwalten, so soll eine außerordentliche Nachschau vorgenommen werden. Den übrigen Gemeindebehörden wird durch die Forderungen des Regulativs die Pflicht auferlegt, die Organe der Pflegekinderaufsicht bei ihren Amtshandlungen und bei der Vollziehung der getroffenen Verfügungen zu unterstützen. Im Kreis schreiben weist die Justizdirektion hin auf die zu erwartende Mithilfe seitens wohlthätiger und gemeinnütziger Körperschaften oder Anstalten, insbesondere des kantonalen Vereins für Kinder- und Frauenchutz und seine in 15 Amtsbezirken organisierten Sektionen, die jedenfalls ihre reichen praktischen Kenntnisse den Gemeindebehörden gerne zur Verfügung stellen.

Es mag nicht ohne Interesse sein, im Vergleich zu den Anforderungen der bernischen Justizdirektion im besagten Rundschreiben bezüglich der Anforderungen an einen Pflegeplatz mitzuteilen, was das bernische Armengesetz bzw. die Instruktion für die Bezirksarmeninspektoren den Inhabern des Inspektorsates an Vorschriften aufstellt, die bei der Nachschau an den Pflegeorten beobachtet werden sollen. Die Bestimmungen lauten: „Der Armeninspektor hat über die Versorgung der Armen möglichst genaue Aufsicht zu führen. Er hat zu dem Behufe in der Regel jährlich einmal an Ort und Stelle Nachschau über die dahierige Verpflegung zu halten. Er hat bei dieser Nachschau besonders auf folgende Punkte sein Augenmerk zu richten: Aussehen und Gesundheitszustand der Versorgten, Nahrung, Bekleidung, Schlafräume und Betten, Beschäftigung, Behandlung, Schulbesuch der Kinder, sowie Geist und Ordnung in den pflegerischen Familien. Die Aufsicht über die Pflege der Kinder in den ersten Lebensjahren wird dem Armeninspektor ganz besonders zur Pflicht gemacht. Er hat die Pfleger, sowie die Behörden, bzw. deren Vertreter auf allfällige bei der Nachschau zutage tretende Uebelstände und Mängel der Versorgung aufmerksam zu machen und auf deren Beseitigung zu dringen, nötigenfalls, z. B. in Fällen von unnötiger Anwendung der Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes gegenüber Kindern oder mangelhafter Erziehung derselben oder ungenügender Ernährung von Pfleglingen sofortige Beugnahme solcher Verpflegten zu verlangen.

Armeninspektoren und Armenbehörden werden in ihrem Bestreben, Mängel in der Armenverpflegung zu beseitigen und das Wohlergehen der Verpflegten zu fördern, durch gelegentliche Kreis schreiben der Armendirektion in sehr verdankenswerter Weise unterstützt und angeregt. Das letzte ersucht die Armenbehörden, besonders auch darauf ihr Augenmerk zu richten, daß den Pflegekindern genügend Schlafzeit eingeräumt werde, sie des Morgens nicht zu früh zu angestrengter Arbeit anzuhalten, so daß sie nicht schon ermüdet und abgESPANNT zur Schule kommen und daher dem Unterricht infolge der vor der Schulzeit

geleisteten Arbeit nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit zuwenden können. Das Kreis Schreiben weist im fernern darauf hin, daß öfters Klagen einlaufen über zu schwere Arbeitszunutzung an die jugendlichen Kräfte der Pflegekinder, wodurch nur zu leicht Abneigung gegen die Betätigung bei der landwirtschaftlichen Arbeit hervorgerufen wird, sowie auch die vielbesprochene Landflucht.

Der eingangs erwähnte Erlaß der Justizdirektion gewinnt da, wo seine Forderungen bis heute noch nicht durchgeführt werden konnten, jetzt um so größere Bedeutung, als infolge des neuen bernischen Gemeindegesetzes die Gemeindeforderungen revidiert und wesentlich abgeändert werden müssen und damit auch diejenigen über die Armenpflege. Dabei wird Gelegenheit geboten, den Forderungen des Erlasses bezüglich Einführung der Amtsvormundschaft für die Pflegekinder in tüchtigster und wirksamster Weise entgegenzukommen. J. J.

— Nach § 19 des Armengesetzes vom 28. November 1897 können Bürgergemeinden, die vor Inkrafttreten des Gesetzes, also vor dem 1. Januar 1898, eine bürgerliche Armenverwaltung führten, diese neben der örtlichen der Einwohnergemeinde auch fernerhin beibehalten, wenn sie den Nachweis leisten, daß sie ihre sämtlichen in- und auswärts wohnenden Armen auch fernerhin hinlänglich zu unterstützen vermögen. Fällt diese Voraussetzung dahin, so verpflichtet der Regierungsrat die betreffende Bürgergemeinde zur Aufgabe der bürgerlichen Armenpflege und zum Uebertritt zur örtlichen Armenpflege. Einen derartigen Beschluß hat der Regierungsrat am 23. Dezember gegenüber der Bürgergemeinde Löwenburg im Amtsbezirk Delsberg gefaßt.

Bürgerliche Armenpflegen führen zurzeit noch außer den 13 Zünften der Stadt Bern 22 Bürgergemeinden im alten Kanton und 26 im Jura. St.

Solothurn. Konfordat betreffend wohnörtliche Unterstützung. In seiner Botschaft an den Kantonsrat geht der Regierungsrat zunächst — nach einer allgemeinen Einleitung — auf die Kompetenzfrage ein. Art. 43 des Armenfürsorgegesetzes vom Jahre 1912 lautet: „Der Kantonsrat wird ermächtigt, einem interkantonalen Konfordat beizutreten, das in bezug auf die Unterstützungskosten solcher Bedürftiger, welche nicht in ihrem Heimatkanton wohnen, eine angemessene Verteilung zwischen Wohnortbehörde und Heimatbehörde regelt. Er hat im Falle des Beitritts über die Tragung der den Wohnortbehörden zufallenden Kosten zu entscheiden.“ Somit ist die Kompetenz des Kantonsrates klargestellt.

Was nun den Beitritt selbst anbetrifft, so verschweigt der Regierungsrat die Tatsache nicht, daß nach der letzten Volkszählung von 1910 der Kanton Solothurn zu denjenigen Kantonen gehört, welche mehr Kantonsfremde in ihrem Gebiete haben, als in andern Kantonen wohnende eigene Kantonsbürger. Bei einer Wohnbevölkerung von rund 117,000 wies der Kanton rund 40,000 außerkantonalen Bewohner auf (davon rund 25,000 Berner!), während nur rund 30,000 Kantonsbürger (darunter rund 10,000 im Kanton Bern) in andern Kantonen domiziliert sind. Dieses Verhältnis dürfte sich seit 1910 im Sinne einer noch stärkeren Bevölkerungsmischung im Kanton Solothurn wesentlich verichärt haben. Dazu kommt, daß erfahrungsgemäß von den eingewanderten Außerkantonalen meist ein größerer Prozentsatz unterstützungsbedürftig wird, als von den in andere Kantone ausgewanderten Kantonsbürgern. So waren z. B. in den Jahren 1911 und 1912 von den Solothurnern im Kanton Bern 3,6 %, von den Bernern im Kanton Solothurn dagegen 7 % unterstützungsbedürftig. Von den bis heute dem Konfordat beigetretenen Kantonen fallen Schwyz, die beiden Appenzell, Graubünden und Tessin für den Kanton Solothurn sozusagen nicht in Betracht;

die Zahl der gegenseitigen Bewohner ist gering und dementsprechend auch die Unterstützungsleistungen. In bezug auf Bern (rund 25,000 Berner im Kanton Solothurn und rund 10,000 Solothurner im Kanton Bern) und Aargau (rund 5000 Aargauer im Kanton Solothurn und rund 2000 Solothurner im Kanton Aargau) ist der Kanton Solothurn im Nachteil; nur Baselstadt (rund 300 Basler im Kanton Solothurn und rund 3300 Solothurner in Basel) bildet für den Kanton Solothurn einen Aktivposten.

Was sodann das Konkordat selber betrifft, so hätte der solothurnische Regierungsrat allerdings in verschiedenen Punkten eine etwas andere Lösung vorgezogen, z. B. wird nach seiner Meinung die in Art. 5 festgesetzte Abstufung des Verteilers zwischen Wohnort und Heimat nach der Dauer des Wohnsitzes, so berechtigt sie sachlich sein mag, die praktische Durchführung wesentlich erschweren und wenigstens am Anfang manche Reibungsmöglichkeit schaffen; eine durchgehende hälftige Teilung hätte besser entsprochen. Auch hätte man es in Solothurn lieber gesehen, wenn die Fälle von Anstaltsversorgungen in das Konkordat nicht einbezogen worden wären; in bezug auf diese können dem Wohnort Lasten entstehen, welche drückend und unbillig werden. Endlich ist es fraglich, ob die Lösung der Karenzzeit in Art. 2 und 3 des Konkordates, die übrigens der Grund des vorläufigen Fernbleibens einiger Kantone bildet, eine gerechte und praktische ist.

Trotz diesen Bedenken empfiehlt der Regierungsrat dem Kantonsrat eindringlich den Beitritt zum Konkordat im Interesse des Fortschrittes auf dem Gebiete des Armenwesens.

Was nun die Tragung der Kosten anbetrifft, so beantragt der Regierungsrat, den Kanton vom wohnörtlichen konkordatsmäßigen Kostenteil $\frac{2}{3}$ übernehmen zu lassen, wie es schon bei der Kriegsnotvereinbarung geschah, so daß der Einwohnergemeinde $\frac{1}{3}$ verbleibt. Daß der heimatliche Anteil für auswärts unterstützte Kantonsbürger ganz der Bürgergemeinde des Heimatorts obliegt, ist nach Art. 68 der Verfassung selbstverständlich.

Der Regierungsrat erläßt die nötigen Ausführungsbestimmungen; er ist ermächtigt, der Beitrittserklärung allgemein und teilweise rückwirkende Kraft auf den 1. April zu verleihen und im übrigen über das Inkrafttreten zu beschließen.

A.

Literatur.

Schweizerische Unfallversicherungsanstalt. Jahresbericht und Jahresrechnung für das Jahr 1918. 62 S.

Dieser Bericht darf namentlich auch deswegen allgemeines Interesse beanspruchen, weil er sich mit der der neuen Anstalt reichlich zu teil gewordenen Kritik ausführlich auseinandersetzt.

W.

Nur 20 Rp.
kostet die Nonpareille-Zeile im
„Armenpfleger“.

Inseratbestellungen sind zu
richten an

Art. Institut Drell Füßli
Abteilung Verlag, **Zürich.**

An Armen- und Waisenbehörden!

Die Landeskirchliche Stellenvermittlung der Bezirke Nster und Meilen in Nster verfügt über 2 Adressen von **Adoptiv-
eltern** für 13—14 jähr. Mädchen und kräftigen Knaben, der Lust hätte, de Schmi deb. ruf zu erlernen.

Williger, kräftiger

Knabe

kann unter günstigen Bedingungen die
Groß- und Feinbäckerei gründlich erlernen.
Offerten an **A. Bachmann**, Bäckerei u.
Konditorei, **Bülach** (Zürich).

Knabe gesucht

aus ehrbarer Familie, welcher noch die
7. oder 8. Klasse zu besuchen hat; würde
unentgeltlich an Kost und Logis genommen.
Rob. Schenkel, Bäckerei u. Konditorei,
Kilchberg-Zürich.